WITIKOBRIEF

RECHTSWAHREND-STAATSTRAGEND-UNABHÄNGIG

Mai 2023

ChatGPT

-KI-

Vom Witikobrief getestet!

Siehe S.3!

Inhalt:

01. Der Witikobrief hat „KI“ getestet	S. 03
02. Der 73. Sudetendeutschen Tag	S. 03
03. Trachtenverein und Rechtsignoranz	S. 05
04. Das Wort des Vorsitzenden	S. 05
05. Das aktuelle Interview (Hans Slezak)	S. 06
06. Leserbriefe (Büttner, Prof. Heinisch)	S. 07
07. Was sich Präsidenten so wünschen (Pavel)	S. 08
08. Die Ehrung Merkels	S. 09
09. Sudetendeutsches Wörterbuch in Arbeit	S. 10
10. Frommes Brauchtum im Böhmerwald	S. 10
11. Die Welt verstehen	S. 11
12. Chronik eines Umbruchs, 5. Folge	S. 12
13. Botschafter Slavik berichtet nach Prag	S. 14
14. 175 Jahre Paulskirche	S. 15
15. Henleins Kampf um die Autonomie	S. 18
16. Lord Runciman spricht mit Henlein	S. 21
17. Nachruf Gerolf Fritsche	S. 23

- und weitere Beiträge passim -

Impressum

DER WITIKOBRIEF.

(Mitteilungsblatt des Witikobundes, der sudetendeutschen Gemeinschaft nationaler Gesinnung)

Erscheinungsweise: Feber, Mai, August, November jeweils zur Monatsmitte; Jahresabo. 18 Euro; für Mitglieder frei.

Herausgeber: Witikobund e.V

V.i.S.P.: Felix Vogt-Gruber, 1. Vors., Prof. Bamann-Str. 19, D-89423 Gundelfingen, Tel: 01707029867.

Schriftleitung und Layout: Friedebert Volk, Joh.Seb.Bach-Str. 51, D-61250 Usingen/Ts.; Tel.: 06081-2611;

e-Post: witikobund-bundesverband@freenet.de; Heimseite: www.witikobund.de

Druck: Wolfring, An der Riedwiese 6, 61250 Usingen

Beiträge und Leserbriefe werden an die Schriftleitung erbeten. Änderungen vorbehalten!

Bankverbindungen: HypoVereinsbank München: IBAN: DE31700202706880157106; BIC: HYVEDEMMXXX); (alt: Kto. 6880 157 106, BLZ. 700 202 70); Postbank München: IBAN DE38700100800152360803; BIC: PBNKDEFF; (alt: Kto. 152 360-803; BLZ. 700 100 80)

Rechnungsstelle (auch für Spendenquittungen): Frank Dittrich, 61294 Bad Homburg, PF.2411. Bei Spenden bis 200 € genügen als Spendenquittung der Einzahlungsbeleg u. die Angabe unserer Steuernummer: 03 250 99235 bei FA Bad Homburg.

Der Witikobrief erscheint ununterbrochen seit 1958, jetzt im 65. Jahr!

*Aus dem Schreiben **Franz Palackys** vom 11. April 1848 an die Frankfurter **Paulskirchenversammlung**:*

Palacky (1798-1876)

„Kein Volk der Welt ist berechtigt, von seinem Nachbarn die Aufopferung seiner selbst zu fordern, keiner ist verpflichtet, sich zum Besten des Nachbarn zu verleugnen oder aufzuopfern. Die Natur kennt keine herrschenden und keine dienstbaren Völker. Soll das Band, welches mehrere Völker zu einem politischen Ganzen verbindet, fest und dauerhaft sein, so darf keiner einen Grund zu der Befürchtung haben, dass er durch die Vereinigung eines seiner teuersten Güter einbüßen werde; im Gegenteil muss jeder die Hoffnung hegen, bei der Centralgewalt gegen allfällige Übergriffe des Nachbarn Schutz und Schirm zu finden.“

Fundstücke

1. Zur Versöhnung gehört Umkehr (Prof. Rud. Grulich, DOD, 11/2009)
2. An der Volksabstimmung über den „Anschluss“ nahmen 1938 (in besonderen Wahllokalen) auch die im Sudetenland verbliebenen Tschechen teil. Ergebnis: Ja: 118.000, Nein: 25.000, ungültig: 3.000, Zahl der Wahlberechtigten: 146.000 (F. Habel, Dok. z. Sud.Frage, S.436).
3. Die KPTsch ließ am 29.9.1951 in Westböhmen sämtliche Befreiungsdenkmale für die Amerikaner beseitigen (Herget, Egerländer, 10/1983, S.21).
4. Böhmische Beutekunst aus dem Dreißigjährigen Krieg befindet sich noch heute im schwedischen Reichsarchiv zu Stockholm, darunter auch eine von Johannes Hus 1398 angefertigte Wiclif-Abschrift (Renate Riemeck, Jan Hus, Reformator 100 Jahre vor Luther, S.21).

Der Witikobrief hat „KI“ getestet

KI bedeutet Künstliche Intelligenz. Seit die Speicherkapazität auf Computern in fast unvorstellbare Dimensionen wuchs, baut man Programme, die sogar sinnvolle Texte hervorbringen können. Auch der Witikobrief witterte die Chance, sich durch einen solchen Textroboter die Arbeit leichter machen zu können und startete einen Test. Weiter unten (S.17 bzw. S.22) ist das Ergebnis zu finden. Die Test-Themen lauteten *„Konrad Henlein und die innerstaatliche Lösung*“ bzw. „*175 Jahre Paulskirche und František Palacky*“. **Das Ergebnis war leider ernüchternd.**

ChatGPT
-KI-
Der Witikobrief hat getestet
Siehe S.3!

Bei dem „Henlein-Thema“ weiß KI weder etwas von der Prager Abtretung, noch vom Kameradschaftsbund, vom Aufbruchkreis und nichts von Gesprächsprotokoll mit Lord Runciman. Die innerstaatliche Lösung hätte Henlein nur zum Zwecke der Täuschung vorgebracht, um Hitler Zeit für den Truppenaufmarsch an der ČSR-Grenze zu verschaffen. So denkt vielleicht Lieschen Müller. Henlein dachte weiter und verfolgte die innerstaatliche Lösung von Anfang an.
Diese Defizite sind umso unverständlicher, als sie die Begleitumstände eines der wichtigsten Staatsverträge des 20.Jahrhunderts, des **Münchner Abkommens**, betreffen. Unzählige Politiker haben dieses erst jüngst im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg zitiert.
Ähnlich desolat sieht es beim zweiten Thema aus. Das KI-Programm macht František Palacky zum Abgeordneten der Frankfurter Paulskirche und befördert ihn dort sogar zum Sprecher der Kleindeutschen Fraktion! Weiß KI nicht, dass in tschechisch geprägten Wahlkreisen Böhmens überhaupt nicht gewählt wurde.
KI muss man daher vorwerfen, bei der Quellenauswahl zu oberflächlich vorgegangen zu sein. Will man ernst genommen werden, darf man sich nicht nur an „politisch korrekter“ Literatur orientieren, ganz zu schweigen von den peinlichen Sachfehlern. Daher wird in der Zeitgeschichte vorerst „ehrliche Handwerksarbeit“, sprich solides Quellenstudium, unentbehrlich bleiben. Nur der akribische und alleine der Wahrheit verpflichtete Fachmann kann vielleicht noch verhindern, dass sich „Big Brother“ auch bei KI einnistet. *(F.V.)*

Der 73. Sudetendeutsche Tag

Am Freitag, dem 26. Mai 2023, beginnt in Regensburg der 73. Sudetendeutsche Tag (ST). Wie im Vorjahr in Hof wird das Thema Europa eine große Rolle spielen. So beginnt das Gesamtprogramm am Freitag gleich mit einem „Europäischen Auftakt“ und wird am Samstag unter dem Motto „Schicksalsgemeinschaft Europa“ fortgesetzt. Offensichtlich soll dieses Motto zur Solidarität mit der Ukraine aufrufen. Aber was die Sudetendeutschen von europäischer Solidarität zu halten haben, wissen sie seit 2004, als die Vertreiberstaaten gegen den Protest der Betroffenen Zutritt zur EU bekamen. Und wenn man etwas weiter zurückblickt, erkennt man auch die Ähnlichkeit der Europa-Parolen von heute mit dem böhmischen „Landespatriotismus“ von einst! Die arglosen Deutschen nahmen diesen ernst, doch für die Tschechen war er nur ein Mittel, um für sie unerwünschte Entwicklungen zu neutralisieren und später in eine andere Richtung zu lenken. Nötig wäre, kurz gesagt, ein grundlegendes Umdenken in Europa. Wie kann man Putins Landhunger verurteilen, solange sich andere europäische Eroberer ihrer Beute unbehelligt erfreuen dürfen?

Motto zum 73. ST.

Das sind die ungelösten Fragen Europas, gegenüber denen die Beflaggung und das Abspielen gewisser Nationalhymnen beim ST nur zweitrangige Hinweisgeber sind. Zu hoffen ist aber trotzdem, dass man in diesem Jahr wieder mehr (oder überhaupt) Sudetenflaggen sieht!

Besuchermangel
Im Vorjahr litt die Veranstaltung unter Besuchermangel. Selbst bei der Hauptkundgebung blieben ganze Stuhlreihen leer. Im Wiederholungsfalle wäre das gerade in einem Landtagswahljahr unschön. Um Stärke und Geschlossenheit zeigen zu können, hat der neue „Sudetendeutsche Landesverband Bayern e.V.“ der SL brieflich angeboten, mit einem Stand am ST teilzunehmen. Dem neuen Verein geht es nicht um eine Aufspaltung der Volksgruppe, sondern um eine Ergänzung. Er stellte allerdings als Teilnahmebedingung absolute Nichteinmischung bei der Standgestaltung und bei seinem Informationsangebot. Das entspricht nicht nur den Grundsätzen demokratischer Freiheit und dem Motto „Einheit in der Vielfalt“, sondern machte auch deutlich, dass die SL (Sudetendeutsche Landsmannschaft) kein Monopol für die Volksgruppenvertretung hat, besondere auch beim Blick auf die neueste Mitgliederzahl von gerade einmal 8.460 (2022). Schließlich geht es auch um die erhebliche Staatsförderung, die von allen Steuerzahlern aufgebracht wird und nicht nur in privilegierte Kanäle fließen darf.

Wie im Indianerreservat
Der Witikobund hat den Schirmherrn, MP Söder, in einem Brief auf die Zustände in der Volksgruppe hingewiesen (sh. WBr. 2/2023, S.5). Eine Antwort steht aus. Wahrscheinlich wird daher der 73. ST so ablaufen wie bisher. Das aber wäre ein weiterer Schritt in Richtung „Erstickungstod der Demokratie“. Bald dürfen dann die Vertriebenen „*wie die Eingeborenen in einem Indianerreservat unter der Aufsicht der weißen Brüder darüber palavern, ob und wie der Indianerkriege zu gedenken sei, alles natürlich nur innerhalb der Versöhnungsgrenze, die der „Große Manitu“ zieht.“ (frei nach FAZ, 12.3.2010).* *(F.V.)*

Witiko-Intern

Verspätete Übergabe.
Am 4. Dezember 2022 wurde bei der Adventsfeier des BdV Usingen/Ts. der langjährige Schriftleiter und früher vorstandstätige Witikone Friedebert Volk mit der Witiko-Ehrenmedaille ausgezeichnet. Die Medaille "Rose des Rechts“ wurde von Professor Korkisch, ebenfalls verdienter Witikone, gestiftet, der auch die Laudation verfasst hatte. Darin wurde die Reihe von inzwischen 54 Folgen des Witikobriefes hervorgehoben, die der Geehrte bisher betreute. Die Laudatio trug Kassenwart Frank Dietrich vor, dann überreichte der stellv. Vorsitzende Michael Lattisch die Medaille samt Urkunde.
Die Auszeichnung fand nach der langen Corona-Pause schlussendlich in würdigem Rahmen ihren Empfänger. Herzlichen Glückwunsch lieber „F.V.“! *(M.Lattisch)*

Der Witikobund dankt herzlich für die großzügigen Spenden (Eingang zwischen 1.11.2022 und 31. 03.2023): Helmut Kudernatsch (3x), Sven Pillat (2x), Werner Vogel, Karl & Elfriede Heider, Prof. Erh. Korkisch, Anna Kreim, Reinfried Pichner, Dr. Erwin Habök, Christiane Büttner, Bruno & Herta Konrad, Elisabeth Schorm, Erwin Waclaw, Alois Harasko, Erich Högn, Verlag Heimatnachrichten, Christian Neumann, Ernst & Elfriede Heidenreich, Wilfried Boes, Edelbert Breu, Adolf Kosler, Dr. Mathias Weifert, Franz Kuhnel, Rautg. Heinsch-Spinka, Ingeborg Lang.. Bei Spenden bis 200 € genügen als Spendenquittung der Einzahlungsbeleg und die Angabe unserer Steuernummer: 03 250 99235 bei FA Bad Homburg. Spendenquittungen stellt aus: Frank Dittrich, 61294 Bad Homburg, PF.2411 (sh. auch Impressum!)

Das Wort das Vorsitzenden

Liebe Kameradinnen und Kameraden!

„KI“ hat in letzter Zeit Schlagzeilen gemacht. Unser Schriftleiter und seine Mitarbeiter haben sie getestet. Das Ergebnis ist enttäuschend. KI dürfte für uns vorerst keine Hilfe, sondern eher eine Bedrohung sein. Umso wichtiger ist daher, unsere an Wahrheit und Recht ausgerichtete Arbeit fortzusetzen. Der Witikobund wird das wieder am Sudetendeutschen Tag Ende Mai in Regensburg versuchen. Wer kann, möge sich bitte unserer Gruppe anschließen! Auch wenn wir wieder keinen Stand haben, dürfen wir uns nicht entmutigen lassen. In Frankfurt wird anlässlich „175 Jahre Paulskirche“ gerade die „Woche der Meinungsfreiheit“ gefeiert. Darüber sollten die Verantwortlichen für unseren Ausschluss gerne einmal nachdenken. Wir wissen aber: Unterdrücken kann man uns, aber nicht aus der Welt schaffen!

Felix Vogt Gruber

In diesem Sinne, liebe Kameradinnen und Kameraden, auf ein frohes Wiedersehen in Regensburg! Euer ***Felix Vogt Gruber***

Trachtenverein und Rechtsignoranz

Bericht von der **SL-Bundesversammlung** (lt. Sud. Ztg. vom 24.3.2023)

Ende März fand in München die diesjährige Sitzung der XVII. SL-Bundesversammlung (BV) statt. Im Mittelpunkt stand ein Protest gegen die Kürzung der Hilfsgelder nach § 96 des Vertriebenengesetzes. Verfügt wurde diese von der Kulturbeauftragten der Bundesregierung, Claudia Roth (Die Grünen). Es wäre aber falsch, ihr die alleinige Schuld zuzuschieben. Verantwortlich sind alle Parteien der „Ampel“, die sie erst in diese Position gebracht haben. Verspekuliert haben sich nun alle, die ihr Heil von der Umwandlung der SL in einen **Trachtenverein** erhofften. „Trachten“ gehören aber nun einmal zu den „weichen“ Themen, mit denen niemand beeindruckt werden kann. Aufmerksamkeit erregen hingegen „harte“ Themen, was bedeutet, dass wieder Rechtsfragen auf die Agenda gehören. Es kann doch nicht sein, dass deutsche und tschechische Politiker lautstark für die Rechte der Uiguren werben und zu Hause aber mit Rechtsignoranz „glänzen“. Ihnen rufen wir zu: Hic Rhodos, hic salta!

Christa Naaß

SL unterbindet Diskussion

Für den Witikobund war interessant, was die Sitzungspräsidentin, Frau Naaß, SPD, zum Ausschluss dreier gewählter Delegierter sagte. Es handelt sich um Felix Vogt Gruber, Hans Slezak und Oskar Bachmann, die als Vorsitzende des neuen „Sudetendeutschen Landesverbandes Bayern e.V.“ fungieren. Sie sei es gewohnt, sagte Frau Naaß, dass man in einem „demokratischen Prozess“ Mehrheitspositionen auch dann mitträgt, wenn man im „Einzelfall“ anderer Meinung sei. Hier versucht Frau Naaß allerdings zu verharmlosen, denn der Konflikt betraf keinen Einzelfall, sondern den **zentralen Punkt** der bisherigen Zweckbestimmung der SL. Den von ihr vermissten **demokratischen Prozess hat die SL-Spitze außerdem selbst verhindert**, als sie dem Witikobund die Teilnahme am ST verwehrte. Dort wäre ein offener Austausch der Argumente möglich gewesen, den sie aber aus Furcht vor einer Schlappe unterband.

Wahlanfechtung ignoriert

In der Berichterstattung erfuhr man leider auch nichts von einer vor zwei Jahren eingereichten Wahlanfechtung für die BV. Dabei geht es um Delegierte aus Bundesländern, in denen jede SL-Präsenz erloschen ist, teils sogar nach offizieller Auflösung der Landesverbände. Wenn

man auch die anderen Ungereimtheiten der SL-Wahlordnung kennt (sh. WBr. 2/2021, S.8!), so wird die demokratische Legitimation der gegenwärtigen BV immer fragwürdiger. *(F.V.)*

Das aktuelle Interview

Der stellv. Vorsitzenden des Sud. Landesverbandes Bayern (SLB), Hans Slezak, beantwortet Fragen der Witiko-Redaktion:

WBr.: Herr Slezak, was bewog Sie und Ihre Freunde zur Gründung des SLB, obwohl mit dem Witikobund schon eine Gruppierung mit ähnlicher Programmatik vorhanden ist.

Slezak: Wir sind eine autarke Vereinigung von Gleichgesinnten, die sich mit der Preisgabe ihrer Rechte nicht abfinden will und kann. Mit unserer Gründung wollen wir der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) eine Brücke bauen, denn sie hat sich bei der Ablehnung des Witikobundes so verrannt, dass ein Einlenken schwer vorstellbar ist. Wir wollen den Landsleuten, die deshalb die SL verlassen haben, eine neue Heimat geben, zumal wir von Beginn an die Zusammenarbeit mit der SL anboten und keine Konkurrenz sind, sondern eine notwendige Ergänzung. Wir begünstigen sogar die Mitgliedschaft in der SL, indem wir darauf einen Beitragsrabatt geben.

WBr.: Die SL behauptet, keine Rechtsposition aufgegeben zu haben.

Slezak: Die Formulierungen in der neuen SL-Satzung sind abstrakt und verwässert, so dass sich niemand mehr davon angesprochen fühlt. Auf tschechischer Seite wurde das sofort als *„einer der größten Erfolge der tschechischen Außenpolitik“* bezeichnet, *„für den man den Sudetendeutschen weder ihr früheres Eigentum noch die Staatsbürgerschaft zurückgeben musste“*. Und das Schlimmste dabei ist, dass ein Dementi der SL ausblieb. Auch der Meinung Horst Seehofers, dass die SL auf Restitution verzichtet habe, wurde nicht widersprochen. Wer aber schweigt, stimmt zu!

WBr.: Erschwert Ihre Haltung nicht das Verhältnis zu den Tschechen?

Slezak; Im Gegenteil, denn es gilt auch hier: Klare Rechnung, gute Freundschaft. Selektive Anwendung von Gesetzen und Rechtsgrundsätzen führt nur zur Politikverdrossenheit.

WBr.: Wie hätte man sich aber eine nicht-selektive Anwendung von Gesetzen vorzustellen?

Slezak: Indem die Vertreiberstaaten ihre nach 1990 geschaffenen Restitutionsgesetze auch für Deutsche öffnen und die internationalen Gerichte endlich einmal in der Sache urteilen, statt die Beschwerden regelmäßig im Vorfeld an spitzfindigen Formalien scheitern zu lassen.

WBr.: Wie sehr trifft Sie die Amtsenthebung als Bezirksobmann?

Slezak: Ich legte Widerspruch ein, denn die in § 15 Abs. 4 der SL-Satzung genannten Gründe für eine Amtsenthebung sind *"völlige Untätigkeit, grobe Gefährdung der Belange der SL oder Verschwendung von Verbandsvermögen"* und diese treffen für mich nicht zu. Dasselbe gilt auch für den Bezirksobmann Schwaben, Felix Vogt Gruber.

WBr.: Sie wurden aber auch aus der SL ausgeschlossen.

Slezak: Richtig, aber auch das habe ich angefochten. In Deutschland ist es ja nicht verboten, mehreren Vereinen anzugehören, selbst wenn sie ähnliche Ziele verfolgen. Man denke nur an zwei Fußballvereine. Das zuständige Registergericht Memmingen hat diesen Sachverhalt vor Eintragung des neuen Vereins fast ein Jahr lang geprüft und keine Unstimmigkeiten festgestellt. Daraus ist auch zu schließen, dass die SL für die Vertretung der Volksgruppe keine Monopolstellung innehat. Das wäre angesichts der aktuellen Mitgliederzahlen von gerade einmal 8.460 auch grotesk. Ich weiß auch nicht, wie lange man sich bei der SL noch weitere Ausschlüsse erlauben kann. Man wird vielleicht schon bald froh sein über jeden, der die Zuhörerbänke bei den Sudetendeutschen Tagen füllt.

WBr.: Herr Slezak, wir danken Ihnen für das aufschlussreiche Gespräch.

Leserbrief zum Beitrag : Papst em.Benedikt XVI. stützte das Recht

Ich freute mich sehr, daß im letzten Witikobrief vom Februar 2023 unser em. Papst Benedikt XVI. anlässlich seines Todes gewürdigt wurde. Auch er hat unsere Vertreibung verurteilt und das Recht und die Wahrheit stets verteidigt.
Für seinen Glauben und seine Überzeugung mußte er oft viel Kritik einstecken, aber diese kam von Leuten, die keinen Respekt von der Meinung anderer kennen und ihm in jeder Hinsicht geistig unterlegen waren und die Katholische Kirche in Mißkredit bringen wollten, und dieser Zustand besteht noch immer.
Das Recht auf die Heimat, besonders von uns Sudetendeutschen, verbrieft in der Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen, wird heute übergangen und dem Zeitgeist geopfert, von der Politik und sogar von Vertretern unserer Volksgruppe, die damit den Vertreiberstaaten den größten Gefallen tun, weil diese sich im Recht fühlen können und keine Verantwortung für ihre Verbrechen übernehmen müssen. Was für eine Schande !
Für uns Deutsche und Katholiken war Papst Benedikt XVI. ein Geschenk und sein Erbe Verpflichtung, und das muß und wird wohl für lange Zeit so bleiben. ***Christiane Büttner,*** Erfurt, 07.04.2023

Leserbrief zum Artikel „Lektüre für Sudeten-Enkel“

(„Witikobrief“, Februar 2023, S. 13).
Als Historiker hat mich der ansonsten geschätzte Autor Schultze-Rhonhof mit seiner Bemerkung mehr als befremdet, die Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren am 14./15. März 1939 sei eine „deutsche Missetat“ und „verbrecherisch“ gewesen, natürlich ganz im Sinne des typisch bundesrepublikanischen Schuldkomplexes. War dann die englische Kriegserklärung an Deutschland vom 3.9. 1939 nicht auch verbrecherisch?
Hat man in der Büßergesellschaft, zu der ich den Herrn General bisher nicht gezählt habe, noch immer nicht kapiert, dass der deutsche Einmarsch in die „Rest-Tschechei“ **nach** der Unabhängigkeitserklärung der Slowakei erfolgt ist. Versteht man denn nicht die damalige strategische Lage, dass die Tschechen noch den alten militärischen Beistandspakt nicht nur mit Frankreich, sondern auch mit der bedrohlichen kommunistischen Sowjetunion unterhalten haben, wobei die sowjetische Luftwaffe laut Rönnefahrt 400 einsatzbereite und weitere 2.100 Kampfmaschinen in Bereitschaft gehalten hat, sie also von einem weit in das Reich hineinragenden tschechischen Gebiet aus eine militärische Bedrohung ersten Ranges darstellte. Über diese brisante Lage hat die deutsche Reichsregierung bereits am 28. Februar 1939 in formalen Noten Großbritannien und Frankreich informiert, ohne darauf eine Antwort zu erhalten, was einem Desinteresse gleichkam. Chamberlain hat dagegen am 15. März 1939 in einer maßvollen Rede vor dem Unterhaus erklärt, dass die ČSR durch die slowakische Loslösung von innen her zerfallen sei und Großbritannien den tschecho-slowakischen Staat niemals garantiert habe. Am Tag vorher, also noch v o r Hitlers Abfahrt nach Prag, hat der britische Premier überdies durch seinen Berliner Botschafter der deutschen Regierung **offiziell** erklären lassen, England sei an den Berlin und Prag berührenden Fragen **n i c h t** interessiert.
Noch realitätsferner ist die Feststellung des Generals, die Errichtung des Protektorats hätte die englische Regierung derart „brüskiert“ (?), dass sie anschließend eine Einigung zwischen Berlin und Warschau blockiert habe. Es dürfte aber nicht einmal einem Amateurhistoriker entgangen sein, dass England schon lange vor dem 15. März 1939 engste Kontakte zu Polen mit den unverschämten Forderungen des Außenministers Beck unterhalten hat, dass die englische Presse bereits seit Jahren eine maßlose Hetze gegen das Dritte Reich betrieben hat (siehe die Publikation von Fritz Hesse, Das Vorspiel zum Kriege, 1979), dass die Kriegstreiber Churchill, Duff Cooper, Vansittart und Eden seit langem öffentlich aufgetreten sind, dass die englische militärische Aufrüstung nicht nur mit offensiven Langstreckenbombern längst ange

laufen war und dass nicht zuletzt bereits im J a n u a r 1 9 3 9 , also z w e i M o n a t e v o r dem deutschen Marsch auf Prag, in England ein P l a n u n g s s t a b f ü r d e n k o m m e n d e n K r i e g g e g e n D e u t s c h l a n d eingerichtet worden ist, den ein Admiral Reginald Drax geleitet hat!!! (Dazu erst in jüngster Zeit Stefan Scheil, Polens Zwischenkrieg, 2022).
Das sei mit historischen Tatsachen der zeitgeistigen „Verbrecher“ – Selbstanklage entgegengehalten.
Univ.-Prof. i. R. Dr. Reinhard R. Heinisch, Salzburg

Was sich Präsidenten so wünschen

Schon der erste Präsident der ČSR, T.G.Masaryk, war nicht „wunschlos glücklich“. In einer Rede vor Pädagogen empfahl er 1920 als Erziehungsmotto: *„Nebāt se a nekrast“*. (Sich nicht fürchten und nicht stehlen). Dieser Wunsch ging, wie besonders die Deutschen leidvoll erfuhren, bei weitem nicht in Erfüllung.

Petr Pavel

Einen Wunsch äußerte auch der einstweilen letzte Nachfolger Masaryks, Petr Pavel (sh. Bild links). Unmittelbar nach seiner Wahl am 28.1.2023 sagte er: *„Mögen Wahrheit, Ehre und Würde in unser ganzes Land wieder zurückkehren“.*
Das sind Worte, auf die niemand sehnlicher gewartet hat als die Sudetendeutschen. Aber gerade bezüglich ihrer Behandlung (seit 1918!) leidet man jenseits des Böhmerwaldes an Wahrnehmungsstörungen, die offenbar auch Pavel hindern, sie mit *Ehre und Wahrheit* in Zusammenhang zu bringen. Das ergibt sich jedenfalls aus dessen Äußerung bei einer Solidaritätskundgebung für die Ukraine in Prag am 25. 02. 2023. **Er verglich dabei Putin mit Hitler und beschuldigte letzteren, die Sudetendeutschen *„missbraucht“* und bei ihnen *„Hass und Gewalt geschürt“* zu haben.**
Wenn man davon absieht, dass der Putin-Vergleich auch als Verharmlosung Hitlers angesehen werden könnte, bedeutet das Folgendes:
1. Pavel legt den Streit mit den Sudetendeutschen kunstvoll **Hitler** zur Last, so als wäre die ČSR bis zu dessen Auftreten eine Idylle gewesen. Der „Haussegen“ hing dort aber schon lange vor Hitler schief, wie nicht nur die 54 Opfer des 4. März 1919 beweisen! Ganz absurd wird es aber, wenn gilt, dass Hitler *„in Versailles geboren“* wurde, denn zu den Mitwirkenden dort gehörten auch Benesch und Kramař! Die Geschichte beginnt eben nicht erst 1939!
2. Pavel unterstellt den Sudetendeutschen leichtfertig Hass und Gewalt. **Hass** ist aber ein Gefühl starker Abneigung, oft verbunden mit dem Wunsch, Schaden zuzufügen. Über dieses Niveau waren die Sudetendeutschen aber immer erhaben. Trotz schlimmster Demütigungen hatten sie allenfalls Verachtung für die Täter übrig, selbst nach 1946.
Und was den **Gewaltvorwurf** angeht, genügt ein Zitat aus Lidovė noviny zum 30. Jahrestag der Trennung von der Slowakei: „*Von Anfang an wandte die neue Republik Gewalt an, sowohl im Inneren (die Deutschen wurden mit Schüssen und Toten "begrüßt") als auch nach außen“* (31.12.22).

Auch deutsche Ursachen

Pavels Sätze enthalten alle an der Moldau verbreiteten Stereotypen, zu denen es aber leider auch Ermutigungen aus Deutschland gibt! Zu nennen sind die (nur mit gekauften Stimmen durchgeboxte) „neue Ostpolitik“ Willi Brandts 1972 oder die Deutsch-tschechische Freundschaftserklärung von 1997. Dahinter durfte natürlich auch die SL nicht zurückstehen. Nach langem internen Streit kam 2022 endlich eine Satzungsänderung zustande, die den dubiosen Vorstellungen von „Wahrheit und Ehre“ vieler Leute auf dem Hradschin sehr entgegenkam.

Auf dem Weg zum „History Clown“?
Interessant sind manche Protokolle des Wiener Reichstages von vor 1918, als die Tschechen noch ihren eigenen „Befreiungskampf“ führten. Damals rief Pavels Landsmann Kramař aus: *„In nationalen Fragen darf es keine Majorisierung geben“* oder: *„Wir Tschechen müssten uns schämen, Slawen zu sein, wenn wir andere Völker unterdrücken wollten“.*
Angesichts dieser Sätze ist es unfassbar, wie es ab 1918 zu diesem fanatischen Vernichtungswillen gegen die Deutschen kommen konnte. Pavels Staat hat also „Leichen im Keller“, die sich nicht ewig verleugnen lassen. Das erfährt gerade auch das oft so kultisch verklärte England. Dort kommen jetzt sogar die Verstrickungen des Königshauses in den Sklavenhandel ans Licht. Charles III, der neue König, wünscht einen nationalen Gedenktag und Aufarbeitung im Schulunterricht – analog zum Holocaust (FAZ, 14.4.23). Wenn Herr Pavel möchte, dass sein Wunsch ein anderes Schicksal als der seines Vorgängers Masaryks hat, sollte er dem schönen tschechischen Wahlspruch „Pravda vitězi“ (Die Wahrheit siegt) folgen. Falls nicht, dürfte er bald in der großen Riege der „History Clowns“ landen. Hugh Trevor-Roper, Regius Professor on History in Oxford, urteilt über Untreue gegenüber der Geschichte allerdings strenger. Sie sei schlimmer als falsch, sie sei vulgär. *(F.V.)*

Die Ehrung Merkels

Am 17. April 2023 wurde die Altkanzlerin Merkel mit der höchstmöglichen Staatsehrung Deutschlands bedacht. Dazu gab es viele ablehnende Stimmen, so auch am 24. April 2023 in der Leserbriefspalte der FAZ. Unter diesen befand sich auch die Zuschrift von Dr. Christean Wagner, einst Justizminister in Hessen und seit 2018 Nachfolger von Frau Erika Steinbach als Präsident des „Zentrums gegen Vertreibungen“.

Verdienstorden

Wagner erinnerte an die unrühmliche Rollen Merkels beim Ausstieg aus der **Kernenergie** 2011 und in der **Flüchtlingskrise** 2015, die in England den **Brexit** beflügelte und in Deutschland der AfD zum Durchbruch verhalf. Dr. Wagner verzichtet aber darauf, das Verhältnis Frau Merkels zu den Vertriebenen zu beleuchten, obwohl auch da viele Wünsche offen blieben. Bisweilen schien ihr Engagement für gewisse Randgruppen größer zu sein, als für die zwölf Millionen Vertriebenen.

Frau Merkel und die Vertriebenen
Unter Frau Merkels Ägide entstand 2008 die „Bundesstiftung Flucht-Vertreibungen-Versöhnung“. Dieses Projekt war aber weder ihre Idee, noch gehört es überhaupt zu den vertriebenenpolitischen Glanzlichtern Deutschlands, denn dabei handelte es sich nur um das „politisch korrekte“ Konkurrenzunternehmen zum „Zentrum gegen Vertreibungen“ des BdV. Die Stiftung griff dann auch die Museumsidee Erika Steinbachs auf, die 2021 endlich mit dem **„Dokumentationszentrum gegen Flucht-Vertreibung-Versöhnung“** verwirklicht wurde. Oberstes Prinzip dieser Schöpfungen ist die **„Kontextualisierung“**, d.h. die Relativierung des Leides der deutschen Vertriebenen, eine Vorgehensweise, die ansonsten aufs Schärfste verpönt wird. Auf dem Weg dahin wurde Prof. Manfred Kittel als Museumsdirektor ausgebootet, weil sein Konzept zu deutschlandorientiert gewesen sei. Bei der Einweihung des Museums fehlte Bundespräsident Steinmeier, und Frau Merkel begnügte sich mit einer Rede per Videoschaltung. Frau Steinbach war nicht eingeladen.
Die Verdienste der Altkanzlerin um die Vertriebenen sind somit überschaubar! *(F.V.)*

Sudetendeutsches Wörterbuch in Arbeit

Bei einer Veranstaltung der BdV-Ortsgruppe Linden bei Gießen berichtete die Dialektologin Isabella Hardt von der Justus-Liebig-Universität Gießen (JLU) über ihre Arbeit am Sudetendeutschen Wörterbuch. Die Anfänge dieses Projektes gehen auf die Bemühungen von Prof. E. Schwarz, früher Prag, zurück.

Finanziert wird das Projekt vom Collegium Carolinum in München. Eine der Schwierigkeiten besteht darin, dass es im Sudetenland fünf Dialektregionen gab, die alle einbezogen werden müssen. Zu unterscheiden sind das Mittelbairische, das Nordbairische, das Ostfränkische, das Obersächsische und das Schlesische. Herausgegeben wurden bereits fünf Bände mit den Buchstaben A-J. In Arbeit ist gegenwärtig der 6. Band, beginnend mit dem Buchstaben K. Geplant sind insgesamt acht Bände. Je Band rechnet man mit einer Bearbeitungszeit von acht bis 10 Jahren.

Die Dialektforschung in Deutschland erhielt wesentliche Impulse durch Georg Wenker. Er entwickelte1876 einen Fragebogen mit 40 Mustersätzen, den er an die Schullehrer zunächst im Raum seiner Heimatstadt Düsseldorf versandte. Die Pädagogen sollten die Sätze in ihrer Mundart wiedergeben. Das Unterfangen erfuhr bald öffentliche Unterstützung und wurde auf ganz Deutschland ausgedehnt. 1889 lagen 44.251 Fragebögen aus 40.736 Schulorten vor. Später gab es Ergänzungen, vor allem von 1926 bis 1933 in den sprachlichen Randzonen. Das Sudetenland lieferte 2.854 Bögen ab. Damit wurden insgesamt 51.480 Bögen aus 49.363 deutschsprachigen Orten erhoben. Darüber hinaus liegen inzwischen Wenkerbögen aus weiteren deutschsprachigen Gebieten ausländischer Staaten – wie z. B. Russland – vor.

Unabhängig davon erstellte Hermann Braun nach der Vertreibung ein Egerländer Wörterbuch. Es umfasst zwei dicke Bände und kann naturgemäß viele, oft von Ort wechselnde Besonderheiten nicht erfassen. Hier hätte die alte Generation noch eine wichtige Aufgabe. Sie sollte Ausgefallenes festhalten und über die Heimatbriefe veröffentlichen. Noch besser wäre, evtl. dialektologische Pretiosen direkt zu schicken an:

„**Arbeitsstelle Sudetendeutsches Wörterbuch“,** Zeughaus, Senckenbergstr. 3, 2. OG, 35390 Gießen oder e-Post: isabelle.r.hardt@germanistik.uni-giessen.de

Frommes Brauchtum im Böhmerwald vor 200 Jahren!

Josef Rank, der Wiener Journalist und Abgeordnete zur Frankfurter Paulskirche, berichtet in seiner Lebensbeschreibung (erschienen 1896) von einem schönen Brauchtum in seiner Böhmerwald-Heimat.

Es handelte sich um das Adam- und Eva-Spiel, bei dem drei Personen von Haus zu Haus zogen, in der Hoffnung, für ihre Darbietungen mildtätige Gaben zu erhalten. Zwei der Personen trugen lange weiße Hemden mit Gürteln und sollten Adam und Eva darstellen. Die dritte Person spielte den Teufel. Adam und Eva betraten zunächst alleine die Bauernstube, wobei sie noch die Attrappe eines Apfelbaumes mit sich führten. Teils rezitierend und teils singend boten sie die Geschichte von der Vertreibung aus dem Paradies dar. Am Baum sah man nicht nur den Apfel der Versuchung, sondern auch die Nachbildung einer Schlange, die sich mittels einer Kurbel an der Rückseite sogar bewegen ließ. Sobald Adam in den Apfel gebissen hatte, flog die Türe auf und die dritte Darsteller, der Teufel, stürzte herein. Dabei schwang er ein rot angestrichenes Schwert über dem Kopf und verkündete den Sündern all das ihnen bevorstehende Ungemach.

Josef Rank erlebte eine solche Aufführung als kleiner Bub etwa um das Jahr 1820. Er wusste auch noch, dass seine Eltern die Darsteller in ein Gespräch verwickelten und dabei erfuhren, dass sie aus der Oberpfalz herübergekommen waren.

Die Welt verstehen

1. Die in Bayern erhobene Lastenausgleichsabgabe betrug DM 12,8 Mrd. Der Rückfluss an die dort lebenden Vertriebenen ergab DM 21,8 Mrd. Gewinn (oder „Entwicklungshilfe“) für Bayern: 9 Mrd.
2. Prof. Karl Holzamer (1906-2007), ZdF-Intendant von 1962-1977, wurde erst kürzlich, also 16 Jahre nach seinem Tod, als einstiges SA- und NSDAP-Mitglied identifiziert (FAZ, 15.2.2023.S.11).
3. Dipl.-Pol. Udo Walendy, einst verurteilt als Autor revisionistischer Bücher, verstarb in der Nacht zum 17. November 2022 im Alter von 95 Jahren (Meldung des Schelm-Verlages).
4. Der Ukrainekrieg brachte im Jahre 2022 für jeden Deutschen einen Wohlstandsverlust von rd. 2000 € (FAZ, 20.2.2023).
5. Im Ukrainekrieg verwenden die Russen den Buchstaben „Z“ als Siegessymbol (Za Pobedu=Auf den Sieg). In Hamburg wurde ein Autofahrer, der in der Heckscheibe seines Wagens dieses Zeichen angebracht hatte, wegen Billigung dieses Krieges zu 80 Tagessätzen verurteilt (Google).
6. Die Fernseh-Präsenz der deutschen Parteien ist sehr unausgewogen. In Talkshows waren 2022 vertreten: SPD-129x; CDU-125x; Grüne-100x; FDP-67x; Linke-34x; AfD-2x (JF, Netz, 23.2.23).
7. Weil der Roman „Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk“ von Jaroslav Hašek militärische und zivile Autoritäten der Lächerlichkeit preisgibt, war er bis 1989 beim tschechischen Militär und in tschechischen Büchereien verboten (Sud. Ztg,. 25.2.23, S.9).
8. Konrad Henlein besuchte Hitler 1939 vor dem Polenkrieg, um diesem den Wunsch der Sudetendeutschen nach Frieden zu übermitteln (Witikobrief 5/1968, S. 14).
9. Am Fuße des Mount Everest, auf 7000 m Höhe, liegen rd. 16 Tonnen leere Sauerstofflaschen, die von den Touristen zurückgelassen wurden (Spiegel, 29.4.2023, S. 93).
10. Die Polizistin Susanne Hippauf aus Frankfurt verbesserte den deutschen Frauenrekord im Auswendig-Aufsagen der Nachkommastellen der Kreiszahl Pi (π) auf 15.637! Den absoluten Weltrekord unter diesen Gedächtniskünstlern hält ein Inder mit über 70.000 (FAZ, 13.3.23, S. 37).
11. Hans Schütz erklärte 1967 im Bundestag: Wenn das Münchner Abkommen wegen der Protektoratserrichtung für nichtig erklärt wird, müsste auch das Reichskonkordat mit dem Vatikan annulliert werden (Herget, Egerländer 1993/3,6)
12. Der aktuelle Kassenbericht der SL (2022) weist 118.441 € erhaltene Mitgliedsbeiträgen aus. Da der Pro-Kopf-Beitrag 14 € beträgt, errechnet sich eine bundesweite Mitgliederzahl von 8.460.
13. Albert Einstein war mit dem in Brünn geborenen Mathematiker Kurt Gödel (1906 -1978) befreundet und hielt ihn für „den größten Logiker seit Aristoteles“ (FAZ, 14.3.2023, S. 10).
14. Eine an der Universität Zürich angefertigte Studie wies nach, dass England seine industrielle Revolution weitgehend mit Gewinnen aus der Sklavenhaltung finanzierte (FAZ, 27.3.2023, S.16).
15. Die AfD im Landtag von Thüringen verklagte MP Ramelow wegen Untreue, weil er sieben Staatssekretäre einstellte, die die beamtenrechtlichen Voraussetzungen nicht erfüllen (JF, 24.3.23, S.6).
16. Bei der Schweizer Bank Credit Suisse sammelte sich in den letzten zehn Jahren ein Verlust von 3,2 Mrd. Franken an, der sie jetzt in den Bankrott trieb. Ebenfalls in den letzten zehn Jahren verteilte die Bank Boni von 3,2 Mrd. Franken an ihre Mitarbeiter (Focus, 25.3.23, S. 104).
17. Amnesty International beklagt die Doppelmoral des Westens, denn die Härte gegen Russland stehe im Kontrast zur Nachsicht gegen ebenfalls menschenrechtsverletzende Verbündete (UA, 29.3.23).
18. Gegen die Ansicht, Deutschland sei ein reiches Land, sprechen die Zahlen für das Pro-Kopf-Vermögen: Deutschland- 60.600 $, Italien-112.000 $, Schweiz-168.000 $ (Bandulet, JF, 7.4.23, S.6).
19. Ein Gramm Waldboden enthält bis zu 10 Mrd. (!!) Kleinstlebewesen (FAZ-Magazin, April 2023).
20. In Deutschland gibt es 570 Arten von Wildbienen. Sie müssen sich ihre Futterquellen zunehmend mit den Zuchtbienen teilen. Naturschützer warnen daher vor einer Verdrängung der Wildbienen durch die menschenbetreute Honigbiene (Spiegel, 15.4.23).
21. In der ČR beträgt die Energiegewinnung aus erneuerbaren Quellen nur 3,7 %, was weit unter dem europäischen Durchschnitt von 22 % liegt (Radio Prag, 13.2.23).
22. Nach dem Schadensfeuer in Gutmannshausen am 24.April 2021 hat die Feuerversicherung noch nichts gezahlt, da Brandstiftung nicht auszuschließen sei, für die der Verursacher haften müsste.
23. Die Vorfahren des Kabarettisten Urban Priol wanderten als Hugenotten einst in Böhmen ein und wurden 1946 von dort vertrieben (Fernsehgespräch im Sept. 2005)

Chronik eines Umbruchs, 5. Folge

Angaben nach Exzerpten aus dem Pilsner Tagblatt:

1.1.21: Kurz vor Weihnachten 1920 wurde in Pilsen für die Fa. Neusiedler (Papierfabrik A.G. Piette) der höchste Schornstein der ČSR fertiggestellt. Daten: Höhe 100 m, lichte Weite oben 3 m. Die Baufirma ist Erhard & Ehmann, Teplitz-Schönau, Zweigstelle Pilsen, Halkova 6. Noch 1.1.: Bezüglich der Angliederung Österreichs an Deutschland wird sich Benesch an den Friedensvertrag halten. Das Burgenland kommt wieder zu Österreich. Deutschland ist infolge des 100.000-Mann-Heeres mit 4.000 Offizieren „ab heute wehrlos".

3.1.21: In Deslawen bei Podersam (südl. v. Saaz) wurde die Einrichtung einer deutschen Privatschule verboten. Auch private Veranstaltungen mit einer von den Eltern bezahlten Lehrerin am Nachmittag mit Spiel, Gesang und Vorlesen wird unterbunden. Ein dafür vorgesehener Raum in einer Privatwohnung wurde versiegelt. Der Staat dulde keine „Winkelschulen". Noch 3.1.: In Tachau wird eine tschechische Minderheitenschule errichtet. Nur zwei der 24 Schüler sprechen Tschechisch.

4.1.21: In Staab (westl. v. Pilsen) fand im Saale Prokscha eine würdige Silvesterfeier statt mit Aufführung des Einakters „Das erste Weihnachtsgeschenk".

5.1.21: Die Liste des zur Beschlagnahme anstehenden Großgrundbesitzes umfasst 742 Güter. Davon liegen folgende in Westböhmen: Dr. Eduard Auersberg, Cista (510 ha), Ferdinand Auersberg, Nepomuk (3.033 ha), Dr. Jar. Lobkowitz, Krimitz (1.329 ha), Kloster Tepl, Tepl (9.450 ha), Dr. Karl Skoda, Pilsen (4.248 ha), Trautmannsdorf, Bischofteinitz (16.910 ha), Maria Nostiz-Rieneck, Plan (7.100 ha), Dr. Alfred Windischgrätz, Tachau (19.885 ha), Alex. Kolowrat-Krakovsky Pfraumberg (7.378 ha).

6.1.21: Der ehemalige Direktor des tschechischen Theaters in Pilsen, Vendelin Budic, erinnert sich an die Eröffnung des Deutschen Theaters am 21.10.1869. Der gegenwärtige Intendant Bayer ist seit 25 Jahren im Amt und wirke wie ein Autokrat, habe aber Erfolg, trotz „genug geringer Unterstützung". Die Vorgänger Bayers waren Hptm. K.Hofmann, Musikdirektor Heinrch Gluth und Adolf Moser.

7.1.21: Anhänger aller deutschen Parteien fordern bei einer Versammlung im Sparkassensaal die Verlegung der deutschen Hochschulen von Prag in das deutsche Gebiet. Noch 7.1.: In Budweis entstand ein Theaterstreit. Die Deutschen werden auf das (zu kleine) „Dilettantentheater verwiesen. Als es noch eine deutsche Mehrheit im Stadtparlament gab, stand den Tschechen das Stadttheater fast die halbe Spielzeit zur Verfügung.

8.1.21: Die Zug-Haltestelle Reichsvorstadt erhielt ein neues Gebaude. Noch 8.1.: Wegen des Getreidemangels fehlt den Brauereien Gerste, sodass 200 Beschäftigte entlassen wurden.

15.1.21: Rainer Maria Rilke gratuliert dem csl. Gesandten Dr. C.Dusek zum Neuen Jahr und zum Aufblühen der ČSR. Noch 15.1.: Im Gymnasium der deutschen Stadt Saaz wurde schon die tschechische Bürgerschule untergebracht. Jetzt wies das Prager Schulministerium ohne Rücksprache mit der Stadt dem privaten Verein der Sokoln die Turnhalle des Gymnasiums als Übungsstätte zu. Die Städtische Polizei soll den Schutz der Sokoln gewährleisten.

19.1.21: In Wien wird im Bundesrat der Termin für eine Volksabstimmung zum Anschluss ans Reich nachgefragt. In der Festhalle findet eine studentische Kundgebung zum selben Thema statt. Redner sind die Hochschulrektoren Artmann und Dopsch. Anschließend Marsch von der TH zur Uni mit Absingen patriotischer Lieder. Vorsprache beim Bundeskanzler.

21.1.21: In Brüx unterbricht die Porzellanfabrik Spitz ihre Produktion wegen Kohlemangels.

22.1.21: Nach ihrem Kreistag im Schützenhaus zu Eger zogen die Landwirte zum Kaiser-Joseph-Denkmal und legten Kränze als Protest gegen den Übergriff der Legionäre nieder.

24.1.21: In Obersekerschan (Dorf bei Mies) trafen am 13.1. zwei LKWs mit tschech. Militär aus Pilsen ein, um das Kaiser-Joseph-Denkmal zu stürzen. Zweimal riß die Kette, mit der ein

LKW am Denkmal zog. Die Soldaten stellten die „Arbeit“ (samt Gasthauszeche) der Gemeinde in Rechnung. Dieser Vorgang führte wenige Tage später zu einer Protestversammlung im Sparkassensaal zu Mies. Polizei überwachte alle Straßen und stand mit Bajonettgewehren im Flur zum Saal. Als ein Redner die Möglichkeit eines Steuerstreiks andeutete, wurde die Versammlung aufgelöst. Die Deutschen mussten auch vom Marktplatz verschwinden. Angemerkt wurde, dass es kein Gesetz zur Denkmalsentfernung gab.
29.1.21: Die Deutschland auferlegte Reparationszahlung beträgt 268 Mrd. Goldmark.
1.2.21: Am 31.12.1921 hatte Pilsen 3280 Häuser in 244 Gassen.
3.2.21: In Budweis wurde das Kuratorium der deutschen Kommunalhandelsschule aufgelöst und bei Wiederwahl nur von Tschechen besetzt. Der Stadtrat bittet um Auflösung der Schule, was beschlossen wurde. Das Gebäude der deutschen Bürgerschule beherbergt jetzt die tschechische Handelsakademie.
6.2.21: Die 13 in Unter- und Obersekerschan ansässigen tschechischen Gewerbetreibenden erklären schriftlich, dass die neulich erfolgte Entfernung des Joseph-Denkmals ohne ihr Zutun erfolgt sei und sie nichts gegen eine Wiedererrichtung hätten. Sie hätten in gutem Einvernehmen mit den Deutschen gelebt und wünschten auch in Zukunft keinen Zwist. Diese Erklärung wurde von mehreren deutschen Abgeordneten dem Innenministerium vorgelegt,
8.2.21: Der neue Simplontunnel wurde nach 9 Jahren Bauzeit fertiggestellt.
11.2.21 (wie 9.2.): Im Egerland befürchtet man Einquartierung tschechischer Soldaten, damit sich bei der bevorstehenden Volkszählung ein Bild der Mischung ergibt.
20.2.21: Direktor Dr. Juritsch veranstaltet eine Vortragsreihe beginnend mit der Geschichte unserer Ahnen in Böhmen vor eintausend Jahren bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts. Prof. Artur Klausner spricht bei einem Vortragsabend des Deutschen Jugendbundes Pilsen über Wagners Ring der Nibelungen.
1.3.21: Deutsche und tschech. Journalisten aus Prag besichtigen die Skodawerke, die gegenwärtig 13.000 Arbeiter und 1.500 „Beamte“ (Angestellte) beschäftigen. Aus Rumänien ging eine Bestellung über 50 „kleine“ Lokomotiven ein. Noch 1.3.: In Marienbad erschoss sich ein Deutscher (Emil L.) aus Verzweiflung über die verlorene Kriegsanleihe.
6.3.21: Die „Wucherverfolgung“ sieht strenge Strafen gegen Kaufleute und Marktbeschicker vor. Zwei Wochen strengen Arrest gibt es, wenn1 kg Äpfel für 3,50 kč statt 1,50 kč angeboten werden. Bei Rindfleisch kommt Entzug des Wahlrechts hinzu, wenn 1 kg 22 kč kosten soll statt der vorgeschriebenen 17 kč.
12.3.21: Das belgische Justizministerium sandte einen Brief an ein Amt in „Marienbad in Deutschland“.
13.3.21: Der Deutsche Ortsbildungsausschuss stellt seine beiden Bibliotheken der Öffentlichkeit zur Verfügung. In zwei sehr gut besuchten Vorträgen behandelten Prof. Langhammer die staatliche Bildungspolitik und Prof. Totzauer ein naturgeschichtliches Thema. Die Volksschule bekam elektrisches Licht.
14.3.21: In Wien gab es wegen eines Kongresses gewalttätige, antisemitische Kundgebungen, bei denen jüdische Geschäfte zerstört und Juden aus der Straßenbahn geworfen wurden.
27.3.21: Mit einem Jahr Verspätung erschien die Festschrift zur 50-Jahrfeier des Gymnasiums Mies. Sie enthält den (im Mai 1921 auch als Sonderdruck erschienenen) Aufsatz „Privilegien u. Urkunden d. Stadt Mies in Regestenform“ von Georg Schmidt.
31.3.21: Die Skodawerke Pilsen haben Forderungen von 600 Mio. tschech. Kronen an den csl. Staat und 600 Mio. an die Monarchie. Trotz Umstellung auf Maschinenbau liegt die Auslastung nur bei 50-60 %, da die Waffenbestellungen fehlen.
5.4.21: Kaiser Karl, der Ende März versucht hatte, nach Ungarn „zurückzukehren“, begab sich von Wien wieder in die Schweiz.

7.4.21: In Pilsen tagte der Vorstand des Deutschen Kulturverbandes, Gau 7 (oder Westgau). Vor dem Kriege gab es 16 Bezirksverbände, von denen bis jetzt acht wiedererstanden sind (Bischofteinitz, Bergreichenstein, Marienbad, Mies, Staab, Plan, Weseritz, Tachau). Es fehlen noch Hostau, Ronsperg, Neuern, Manetin, Dobřan, Pilsen, Tuschkau, Tepl. Auch von den vor dem Kriege vorhandenen 141 Ortsgruppen fehlen noch 50. Allerdings kamen 31 Neugründungen dazu. Die meisten Ortsgruppen, nämlich 43, gibt es im Bezirk Mies. Nur drei hat der Bezirk Tepl, was auf völkische Lauheit schließen lasse. Noch 7.4.: Der Verschönerungsverein Staab nimmt seine Tätigkeit wieder auf. Dem Kassenwart Bojar wird für die Jahre 1914-1920 Entlastung erteilt. Neuer Obmann ist Lehrer R. Hubana.
8.4.21: In Nürschan wählt der Deutsche Kulturverein im Gasthaus Prüst den Lehrer Schindelartz zum neuen Obmann.
9.4.21: Am 17.11.20 wurde auch in Asch das Josephsdenkmal gestürzt. Es sei angeblich die Reaktion auf die Ereignisse am 14.11. in Eger gewesen. Das Divisionsgericht in Pilsen hat 12 Unteroffiziere und Soldaten angeklagt. Sie seien nachts um 2 Uhr spontan gegen den Befehl der Offiziere ausgerückt. Am 10.4.21 werden folgende Kerkerstrafen verhängt: Soldat Fiala 4 1/2 Monate (Vergehen gegen die Sicherheit des Lebens), drei Soldaten 4 Monate, 7 Soldaten 3 Monate (alle 7 wegen Sachbeschädigung), 1 Soldat Freispruch. Der Vorwurf des öffentlichen Aufruhrs wurde fallengelassen.
9.4.21: Die Turnverbindung Jahn in Prag begeht 40. Bestandsfest im Deutschen Haus. Gäste kamen aus Brünn und Pilsen. Letztere nahmen mit 18 Turnern am Schauturnen in der Turnhalle in der Mariengasse teil.
10.4.21: Die Industrie liegt darnieder, da der Export nach Österreich und Ungarn fehlt. Auslastung oft nur 20-30 %.
15.4.21: Ein "Watzlik-Abend" wird angekündigt (Vortragende Gusti Hackl, Nordböhmen).
24.4.21: Durch die Eingemeindung von Doudlewetz, Sturnian, Bolewetz, Dobraken, Labes und Boschkow soll ein Groß-Pilsen geschaffen werden.
25.4.21: Ausführliche Darstellung der „Rübezahlforschung" (Herkunft Harz? Literatur!).
26.4.21: Die Volksabstimmung in Tirol ergab 99 % für den Anschluss an Deutschland.

Forts. folgt!

Es wäre alles gar nicht schwer, wenn es etwas leichter wär`!

Was Botschafter Georg Slavik am 14.7.1936 nach Prag berichtete:

„Ich habe dieser Tage auch mit Direktor Kobylanski vom polnischen Außenministerium über die Danzigfrage gesprochen. Ich war überrascht, dass er wörtlich den deutschen Standpunkt bestätigte: Der Schuldige in Danzig sei nicht Greiser, sondern der Völkerbund-Oberkommissar Lester, der sich unzulässigerweise in die inneren Angelegenheiten der Freien Stadt einmische und die Opposition gegen das nationalsozialistische Regime im Senat unterstütze."

Botschafter Slavik

Aus: Friedrich Berber: „Europäische Politik 1933-1938 im Spiegel der Prager Akten", 1942, S. 64. (Georg Slavik, 1890-1969, gebürtiger Slowake, tschechoslowak. Botschafter in Warschau; Arthur Karl Greiser, 1897-1946, Senatspräsident in Danzig; Sean Lester, 1888-1959, gebürtiger Ire, Hochkommissar des Völkerbundes in Danzig)

175 Jahre Paulskirche

Liebe Leser!
Zu diesem Thema hat die Redaktion „KI“ befragt. Das Ergebnis finden Sie am Ende dieses Berichtes auf Seite 17. Bitte vergleichen Sie es mit dem „konventionell“ erstellten Text, einschließlich der „Miniaturen“. Danke!.

Vor 175 Jahren trat in der Paulskirche zu Frankfurt die deutsche Nationalversammlung zusammen. Sie sollte den vom Wiener Kongress 1815 hinterlassenen Flickenteppich Deutschlands überwinden und endlich die Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten aufheben. Hinsichtlich der Grundrechte herrschte weitgehende Übereinstimmung. Schwieriger war die Gebietsfrage.

Daran hatte auch die Gründung des „Deutschen Bundes“ 1816 und des „Deutschen Zollvereins“ 1834 wenig geändert, denn die Kleinstaaterei war extrem. Ersterem gehörten 34 „souveräne Fürstentümer“, vier „freie Reichsstädte“ sowie die westlichen Teile der Donaumonarchie an (Ungarn, Kroatien und Italien fehlten). Der Zollverein umfasste 18 Staaten und ließ die Donaumonarchie ganz außen vor („Kleindeutschland“!).

Einen Eindruck von den Verhältnissen im zersplitterten Deutschland vermittelt unser Landsmann **Karl Postl** (Charles Sealsfield) in seinem Buch „Austria as it is“. Postl war in die USA ausgewandert und besuchte 1828 Wien. Dabei reiste er von Le Havre über Paris, Heidelberg, Frankfurt, Dresden und Prag und sah viel Armut in Deutschland und unwürdigen Untertanengeist in Böhmen und Österreich.

Da der Sitz der beiden genannten Vereinigungen Frankfurt war, wurde dorthin auch das Vorparlament einberufen. Die Initiative ging von einem in Heidelberg gebildeten „Siebenerausschuss“ aus. Er lud etwa 500 Vertrauensleute ein, die teilweise schon den bestehenden Kammern in Frankfurt angehört hatten. Sie tagten vom 31. März bis zum 4. April 1848 und beschlossen ein Bundeswahlgesetz, das alle Mitgliedsstaaten des Deutschen Bundes aufforderte, zensusfreie Wahlen abzuhalten. Für je 50.000 Wähler sollte ein Wahlkreis gebildet werden.

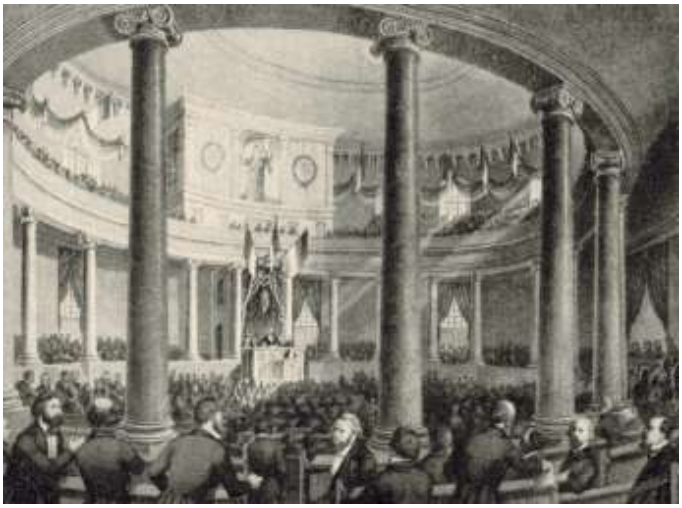
Drei Gebietsvarianten

Zunächst schien es selbstverständlich, dass der neue Staat deckungsgleich mit dem Gebiet des „Deutschen Bundes“ sei, mit einer gewissen Vorrangstellung Wiens. Vorsorglich beschloss „die Paulskirche“ auch ein den Tschechen entgegenkommendes Gesetz. Als sich aber trotzdem Probleme zeigten (Palacky!), wurde ein nur um die deutschsprachigen Gebiete der Donaumonarchie erweitertes Gebiet in Erwägung gezogen. Schließlich wollte man sich unter völligem Wegfall der Donaumonarchie auf „Kleindeutschland“ alleine beschränken.

Das Scheitern

Einer der Gründe für das Scheitern der „Paulskirche“ war die Weigerung der Tschechen, sich Frankfurt anzuschließen. Hier wirkte sich verhängnisvoll aus, dass rund 100 Jahre vorher Friedrich II von Preußen **Schlesien annektiert** und damit die Deutschen Böhmens in die Minderheit gebracht hatte. F. Palacky (der damals übrigens noch an die Echtheit der Königinhofer Handschriften glaubte) schwang sich zum Wortführer der Tschechen auf und trat für den Fortbestand die Donaumonarchie ein. Der Grund war, dass er dort bessere nationale Entwicklungsmöglichkeiten für sein Volk sah als in einem deutschen Reich. In seinem Brief vom 11.4.1848 argumentierte er aber auch geopolitisch, indem er nicht ganz zu Unrecht vor einem Ausgreifen Russlands warnte, falls Wien zu einer Provinzstadt herabsinken würde. In Wien beantragten die Tschechen, die Wahlen auf freiwilliger Basis abhalten zu dürfen. Das Ergebnis war, dass die Wahlen in tschechischen Wahlkreisen unterblieben und aus Böhmen nur 33 Abgeordnete aus deutschen Wahlkreisen nach Frankfurt fuhren. Gut vertreten waren

Nordböhmen, die Gegenden um Reichenberg, Olmütz und Troppau. In fast allen sudetendeutschen Orten gab es Unterstützung vom „Sudetendeutschen Verein“ in Wien. Ein Sonderfall war Prag, wo auch nicht gewählt wurde, obwohl die Bevölkerung gut zur Hälfte deutsch war. Sie bestand aber meist aus Beamten und gutsituierten Bürgern, die vor den „Gärungen“ des einfachen Volkes zurückschreckten. Im Übrigen wurde der Wahlkampf sehr leidenschaftlich und oft mit unlauteren Mitteln geführt. Gerüchte über eine Verdoppelung der Steuern und der Militärdienstzeit kamen in Umlauf, und die Geistlichkeit malte das Verbot des Katholizismus mit zwangsweisem Wechsel zum Protestantismus an die Wand. Viele schwärmten auch für einen böhmischen Landespatriotismus, der auf tschechischer Seite aber nur benutzt wurde, um die Wahlen für Frankfurt zu hintertreiben.



Die Paulskirche nach einer zeitgenössischen Radierung

Falsche Einschätzungen

Trotz der Absage aus Böhmen hätte die „Paulskirche“ gelingen können. Sie war aber überwiegend eine Versammlung des gehobenen Bürgertums und zeigte wenig Verständnis für die sozialen Belange des „dritten Standes“. Deren Angehörige erhofften sich nicht nur eine rechtliche, sondern auch eine soziale Anpassung. Als sie in Frankfurt die Geduld verloren und „auf die Barrikaden“ gingen, forderte der dortige Senat aus Sorge um Ruhe und Ordnung preußisches und österreichisches Militär an, womit die Revolution praktisch gescheitert war. Der Fehler der „Paulskirche“ war daher, auf die konstitutionelle Monarchie gesetzt zu haben, statt die regierenden Fürsten abzusetzen und ihnen die Befehlsgewalt über ihre Regimenter zu nehmen. So hatte der Feudalismus noch einmal seine Throne gerettet, aber auf Kosten der Einheitsfrage und der bürgerlichen und sozialen Rechte der kleinen Leute. Hätte sich eine, wenn auch nur gemäßigt „rote“ Revolution durchgesetzt, wäre vielleicht ein weniger tragischer Verlauf der nächsten 175 Jahre möglich gewesen. *(F.V.)*

Grundlegende Quelle: Josef Pfitzner, Die Wahlen in die Frankfurter Nationalversammlung und der Sudetenraum, in: Zeitschrift für sudetendeutschen Geschichte, 1941, S. 199 ff.

Miniaturen zum Revolutionsjahr 1848

Historische Ereignisse versteht man oft erst richtig, wenn man sie aus der Nähe betrachtet. Ein Augenzeuge für das Jahr 1848 ist der Abgeordnete **Josef Rank** aus dem Wahlbezirk **Bischofteinitz/Westböhmen**. Seine Beobachtungen sind nachzulesen in seinen 1896 erschienenen Lebenserinnerungen. Der tschechische Wahlboykott hatte dazu geführt, dass er erst im Juli 1848 gewählt wurde. Auf seiner Bahnreise ab Furth i.W. (die Verbindung gab es seit 1837!) sah er in zahllosen Orten exerzierende Volksmilizen und Plakate politischen Inhalts. Der Revolutionsgedanke hatte offensichtlich das ganze Land erfasst. Die Plakate verrieten allerdings die Ungeduld der breiten Masse mit der betulichen Gangart in Frankfurt.

Sein Ziel Frankfurt erreichte Rank am zweiten Tag nach der Abreise abends. Die schon unterwegs zu bemerkende Unzufriedenheit weiter Kreise der Bevölkerung entlud sich zwei Tage nach seiner Ankunft in einem Volksaufstand, der dann von preußischen und österreichischen Truppen niedergeschlagen wurde.

Die gleiche Stimmung erlebte **Rank** im Raum Stuttgart, wo er sich nach der Verlegung des Parlaments für längere Zeit aufhielt. Auch dort brodelte es unter den einfachen Leuten, bis reguläres Militär einschritt.
Die weite Verbreitung des Revolutionsgedankens erkennt man auch aus anderen Nachrichten. So wurden 1848 in einem westlichen Bezirk **Nassaus** alle 35 Bürgermeister abgesetzt und durch demokratisch gewählte Personen ersetzt. Ebenfalls in Nassau sorgte der Revolutionseifer dafür, dass sich 1848 im Hintertaunus an jedem Sonntag bis zu 2000 (!) Landbewohner an der sog. Hungermühle trafen, um sich von Pfarrern und Lehrern der Umgebung aus der Presse über die Stand der Revolution unterrichten zu lassen! Die Mühle gibt es heute noch und liegt im Weiltal nahe Heinzenberg.

Jos.Rank, (1816-96)

Ein ganz anderes Bild bot **Böhmen**. Dort liegt westlich von Pilsen an der Radbusa das Dorf Wasseraujezd, dessen Dorfrichter Schmidt an einer Wahlversammlung zum Deutschen Bund teilnahm. Er protokollierte: *Am 20. Mai 1848 fand die erste Vornahme der Wahl statt für den deutschen Bund in Frankfurt. Die Kirchspiele traten in Dobrzan* (dt. Wiesengrund) *zusammen, wo in der St. Veitskirche das gesamte Volk „Nein“ schrie und keine Wahlmänner entsandte.“* So wirkte sich die allgemeine Ablehnung aus, obwohl der Wahlort in einer überwiegend deutschen Gegend lag. (Fundstelle: Der Pilsner Kreis, 1929, S. 54 f.). *(F.V.)*

Hier die oben auf S.3 angekündigte KI-Version:

175 Jahre Paulskirche und Frantisek Palacky:

Die Paulskirche in Frankfurt am Main war ein bedeutendes Symbol der deutschen Demokratiebewegung im 19. Jahrhundert. Sie wurde 1833-1834 im klassizistischen Stil erbaut und diente 1848-1849 als Sitz der Nationalversammlung, dem ersten frei gewählten Parlament in Deutschland.
Die Nationalversammlung hatte die Aufgabe, eine Verfassung für das gesamte Deutsche Reich zu erarbeiten. In der Paulskirche trafen sich Abgeordnete aus allen Teilen Deutschlands, um über politische Fragen zu diskutieren und eine gemeinsame Verfassung zu verabschieden. Unter den Abgeordneten war auch František Palacký, ein bedeutender tschechischer Historiker und Politiker. Palacký vertrat die Interessen der Tschechen und anderer slawischer Völker in der Nationalversammlung und setzte sich für die Gleichberechtigung aller Völker und Nationalitäten in Deutschland ein. Er war einer der führenden Köpfe der sogenannten "kleindeutschen" Fraktion, die eine Verfassung für ein Deutschland ohne Österreich anstrebte. Palacký war jedoch nicht nur politisch aktiv, sondern auch ein bedeutender Historiker und Verfechter der tschechischen Sprache und Kultur. Er setzte sich für die Verbreitung tschechischer Literatur und die Förderung der tschechischen Sprache ein und gilt als einer der Begründer der modernen tschechischen Geschichtsschreibung.
Die Nationalversammlung in der Paulskirche scheiterte letztendlich an inneren Konflikten und dem Widerstand der Monarchen und Fürsten in Deutschland. Die Revolution von 1848/49 endete mit der Niederlage der Demokratiebewegung und der Wiederherstellung der monarchischen Herrschaft. Die Paulskirche blieb jedoch ein Symbol der Demokratie und Freiheit und wurde später zu einer Gedenkstätte und einem Ort politischer Versammlungen und Kundgebungen.

Konrad Henleins Kampf um die Autonomie

Liebe Leser!
Zu diesem Thema hat die Redaktion „KI“ befragt. Das Ergebnis finden Sie am Ende dieses Berichtes auf S. 22. Bitte vergleichen Sie es mit dem „konventionell“ erstellten, hier folgenden Text, einschließlich des Runciman-Protokolls. Danke!.

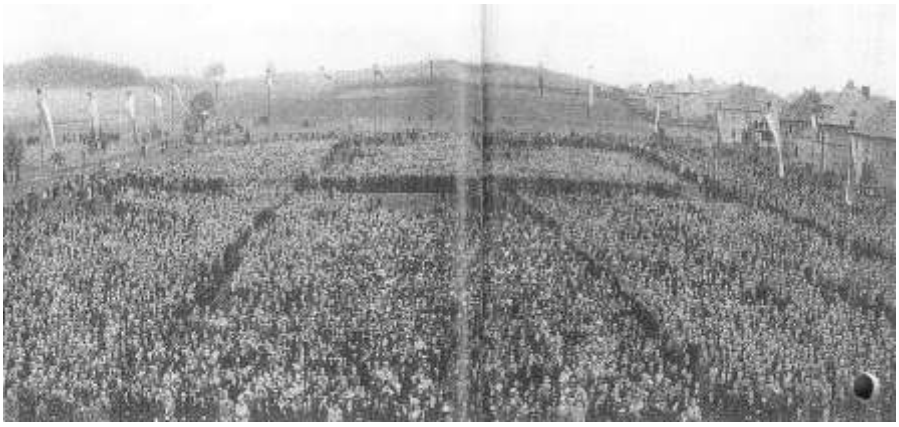
Konrad Henlein kehrte 1919 aus italienischer Kriegsgefangenschaft zurück und fand in Gablonz eine Anstellung als Bankkaufmann. Ehrenamtlich betätigte er sich in der Turnbewegung. 1924 fand er in Reichenberg durch Heinz Rutha und Walter Heinrich Anschluß sowohl an den „Arbeitskreis für Gesellschaftsfragen“ als auch an den „Kameradschaftsbund“ (KB). Letzterer vereinigte junge Menschen aus der Bündischen Jugend und verfolgte das Ziel, die Sudetendeutschen jenseits von Parteiengezänk und Klientelpolitik zu einer höheren politischen Einheit zusammenzuführen. Da soeben der „Deutsche parlamentarische Verband“, ein informeller Zirkel der deutschen, im Prager Parlament vertretenen Parteien, auseinandergefallen war, erschien den jungen Leuten ein solches Unterfangen doppelt nötig.. Ihre philosophische Grundlage war die Staatslehre Othmar Spanns (Wien), die eine Föderalisierung des Gesamtstaates und der inneren Gesellschaftsstruktur vorsah. Man unternahm Reisen in die Schweiz (1925) und nach Belgien (1929, Flamen!), um das Zusammenleben unterschiedlicher Nationalitäten zu studieren. Konrad Henlein nahm an der Reise in die Schweiz teil.

Konrad Henlein

In den Turnvereinen modernisierte Henlein die sportlichen Inhalte und legte Wert auf völkische Erziehung. Vorbild war ihm der tschechische Turnverband „Sokol“. 1925 übernahm er hauptberuflich die Leitung der Turnschule Asch und trat 1931 an die Spitze des Gesamtverbandes der Sudetendeutschen Turner. In dieser Stellung erwarb er große Popularität. Namentlich das Verbandsturnfest in Saaz 1933 trug sehr zu seinem Ansehen bei.

Gründung der SHF

Die Regierung der ČSR verbot 1933 die beiden nationalen Parteien DNSAP und DNP. Der sudetendeutschen Volksgruppe drohte Orientierungslosigkeit. Daher gründete Henlein mit seinen Freunden aus Turnverband und Kameradschaftsbund am 1. Oktober 1933 die „Sudetendeutsche Heimatfront“ (SHF). Deren Programm umriss er am 21. Oktober 1934 in einer großen Rede vor mehreren Zehntausend Menschen in Böhmisch Leipa. Seine Vorbehalte gegen den Nationalsozialismus verschwieg er keineswegs: *„Nie werden wir auf die Liberalität, d.h. auf die vorbehaltslose Achtung der Persön-*



Böhmisch Leipa am 21. Oktober 1934. Konrad Henlein verkündete in einer großen Rede die Ziele der Sudetendeutschen Heimatfront.
Die Zuhörer waren überwiegend zu Fuß oder mit dem Fahrrad gekommen.

lichkeitsrechte bei der Beziehung der Menschen im allgemeinen und zwischen Staatsbürger und Behörden im besonderen verzichten". Diese Worte waren nicht leichthin gesagt, sondern vier Wochen vorher, am 24. September 1934, in der Hauptvorstandsitzung der SHF eingehend beraten und beschlossen worden. Der Rede sollte laut Protokoll sofort intensive parteiinterne Schulungsarbeit gegen sezessionistische Tendenzen folgen. Das Protokoll vermerkt dazu: *„Endgültiger Bruch mit der großdeutschen Idee. Aufräumen mit dem Gedanken, daß das sudetendeutsche Gebiet von Hitler von Deutschland aus erobert werden könnte."* (Kral, S.71). Henlein suchte nach einer Autonomie-Lösung innerhalb der ČSR und hatte wenig Lust, die Bevormundung durch Prag gegen eine solche durch Berlin einzutauschen.

Anfeindungen

Polizei und Geheimdienste der čsl. Regierung beobachteten Henleins Vorhaben umfassend. Mit dem deutschen Bankangestellten Le Groos befand sich einer ihrer Informanten in Henleins Nähe. Sie wussten, daß Henlein kein doppeltes Spiel trieb und sahen von einem Verbot ab. Störmaßnahmen unterhalb der Verbotsschwelle hielt man allerdings für angebracht. Schon am 23. November 1933 wurde Dr. Walter Brand, neben Heinz Rutha wichtigster Mitarbeiter im Parteiapparat Henleins, unter dem Vorwand der Staatsgefährdung verhaftet. Er kam ins Prager Gefängnis Pankraz, wo er noch weitere Personen aus Henleins Führungsmannschaft antraf: Dr. Sebekovsky, Dr. Köllner, Ernst Kundt, Oskar Kuhn. Erst nach vier Monaten, am 15.3.1934, öffneten sich die Gefängnistore wieder. Ein Verfahren oder irgendeine Erklärung gab es nicht. Die Ausweispapiere wurden einbehalten. Brands vorübergehende Ausschaltung hatte, wie sich später zeigte, fatale Folgen, denn sie ermöglichte Karl Hermann Frank, dem späteren Sprecher des Aufbruchkreises, den Aufstieg. Dieser Kreis hatte sich um eine Zeitschrift namens „Aufbruch" geschart und stand in Opposition zum KB. Er tendierte ideologisch „zum Reich" und hatte Verbindungen zu mehreren emigrierten DNSAP/DNP-Mitgliedern (z.B. Krebs), deren Ziel es war, die SHF/SdP von Berlin aus fernzusteuern. Das war auch der Grund, der SdP immer wieder finanziell unter die Arme zu greifen. Hinter den Emigranten stand die „Prinz-Heinrich-Straße" (Himmler/ Heydrich) mit SS und SD samt allen dazugehörigen Hilfsorganisationen und Querverbindungen. Im Reichssicherheitshauptamt bestand seit 1935 ein Sonderkommando unter Leitung des SS-Sturmbannführers Samersky zur Bekämpfung des „Spannkreises" (Becher, S.103). Schon 1934 hatte der Leiter der Volksdeutschen Mittelstelle (VOM), SS-Gruppenführer Behrend, geäußert, die SHF existiere für ihn erst, wenn die Mitglieder der beiden verbotenen Parteien im SHF-Vorstand verankert seien. Man warf Henlein vor, mit den Autonomieplänen aus der Volksgemeinschaft ausscheren zu wollen. Außerdem führe die SHF nur einen Volkstums- und keinen nationalsozialistischen Weltanschauungskampf.

Dr. Walter Brand, sechs Jahre im KZ!

Gegen diese Kräfte wurde Henlein von reichsdeutschen Abwehrkreisen um Canaris abgeschirmt, allerdings unter großen Schwierigkeiten (Bürger, S. 191). Verständnis fand Henlein auch bei Dr. Steinacher, dem Vorsitzenden des Vereins für das Deutschtum im Ausland (VDA). Mit ihm hatte sich Henlein schon 1934 im Riesengebirge zu einem vertraulichen Gespräch getroffen (Brand, S. 105). Henlein ging es dabei eher um moralischen Rückhalt, den Steinacher auch zusicherte. Damit begab er (Steinacher) sich aber in Opposition zu SS und SD und verlor im Oktober 1937 sein Amt. Die Eliminierung wichtiger Mitarbeiter Henleins wurde zur Methode. Schon 1936 hatte ein „aufbruchhöriges" Parteigericht den Träger der Mitgliedskarte Nr. 3, den bereits erwähnten Dr. Walter Brand, aus fadenscheinigen Gründen unehrenhaftes Handeln vorgeworfen. Henlein verweigerte dem Urteil zwar die Anerkennung und erreichte dessen teilweise Revision. Dr. Brand galt aber als irgendwie beschädigt und

wurde als Korrespondent der „Zeit“ (Parteizeitung Henleins) nach London entsandt. Da Henlein sehr auf die „englische Karte“ gesetzt hatte, mag dies in seinen Augen sogar eine gute Lösung gewesen sein. Vor Ort fehlte Dr. Brand jedoch als KB-Mann.
Im Herbst 1937 geriet Heinz Rutha, Träger der SHF- Mitgliedskarte Nr. 2 ins Fadenkreuz der Henleingegner. Er wurde wegen angeblicher gleichgeschlechtlicher Beziehungen verhaftet und starb in der Zelle, wie es heißt, durch Selbstmord. Ruthas Denunzianten werden im Umfeld von Heydrich vermutet, was in Anbetracht der gleichzeitigen Affäre General Fritsch in Berlin plausibel ist (Becher, S. 84, Brehm, S. 157).

Heinz Rutha (+ 1937)

Ohne diese Mitarbeiter fiel es Henlein immer schwerer, innerparteilich die Autonomieforderung zu verteidigen. Aber noch das Karlsbader Programm vom 24. April 1938 enthielt keine Abtretungsforderung, so daß H. Rönnefarth die Gemeindewahlen vom Mai 1938 sogar als Votum der Sudetendeutschen für das Autonomieprogramm wertet (S. 303).
Im Mai 1938 wurde die Sudetenfrage jedoch auf ein internationales Niveau gehoben. Benesch wollte den bis dahin innerböhmischen Konflikt zu einem internationalen Kräftemessen machen und ordnete die Teilmobilmachung gegen Deutschland an. Das Stichwort dazu hatte Churchill am 12.April 1938 gegeben, als er die Neigung Deutschlands zum Krieg bei nur bei 1:50 sah und deshalb Benesch riet, **selbst einen Krieg “hervorzurufen”** (Kral, 1968, S. 117). In dieser Lage schickte Henlein Dr. Brand am 25. Mai 1938 erneut nach London, um das Autonomie-Konzept zu vertreten (Brand, S. 138). Als dieser in London eintraf, wurde er zu seiner Überraschung zu einem ausführlichen Gespräch mit Vansittard, dem höchsten Beamten im Britischen Außenministerium geladen. Dieser wollte wissen, ob die Autonomielösung noch in Frage käme. Dr. Brand bejahte, doch Vansittard wollte ganz sicher gehen und bat Dr. Brand, unverzüglich wieder nach Asch zu reisen, um sich das von Konrad Henlein noch einmal ausdrücklich bestätigen zu lassen. Brand tat dies und kehrte nach abenteuerlichen Tag- und Nachtreisen mit der gewünschten Bestätigung zurück. Politik verläuft eben vielschichtig und kennt nicht nur das Schwarz-Weiß-Muster. So zeigte sich auch Henlein noch 1938 flexibel. Es ging ihm nicht um die Zerschlagung der ČSR, sondern um bessere Lebensbedingungen für die Sudetendeutschen. Im Jahre 1938 überwog allerdings die Sorge um den Frieden. Aus dem Nachlass des britischen Militärattaches in Berlin, des Fliegeroberst Malcolm Christie, ist zu ersehen, daß Henlein mit dem britischen Geheimdienst zusammenspielte. Auf diesem Wege ließ Canaris möglicherweise Chamberlain den von Hitler geplanten Angriffstermin auf die ČSR übermitteln (19.9.1938), was dann zu der überstürzten Reise des Briten zum Obersalzberg führte. In dieses Mosaik gehört auch ein Erlebnis der späteren Schriftstellerin Marianne Wintersteiner. Sie nahm als junge Turnerin im September 1938 an einem Lehrgang in Asch teil. Henlein war gerade vom Obersalzberg zurückgekehrt und besuchte die Sportlerinnen in einer Übungspause. Dabei wirkte er ganz niedergeschlagen und sagte, es werde vielleicht Krieg geben (Mitteilung Theresia Rudlof, geb. Walzer, Dorf Tuschkau, Kreis Mies).
Aus dem Konflikt Prags mit den Sudetendeutschen war ein Konflikt Prags mit Berlin geworden. Die Absichten der Sudetendeutschen spielten allenfalls noch am Rande eine Rolle. Dennoch machte Henlein noch im September 1938 einen letzten Versuch in Richtung Autonomie, wie das Protokoll von seinem Gespräch mit Lord Runciman zeigt (s. Anhang!).

Freie Fahrt für NS-Ideologen

Völlig ungeniert traten Sicherheitsdienst und SS nach dem „Anschluß“ auf. Sie strömten im Kielwasser des Heeres in das Sudetenland und verbreiteten blankes Entsetzen, als sie in den Orts- und Kreisleitungen der SdP kurzfristig rund 200 bewährte, aber KB-nahe Kampfgenos-

sen Henleins verhafteten. Ab März 1939 wurden „ganze Hundertschaften“ ehemaliger Mitglieder der sudetendeutschen Jugendbünde in ein Dresdner Gefängnis geworfen, darunter auch Dr. Walter Becher, der spätere SL-Sprecher (Brand, S. 47 f. u.a.). In Verhören wollte man aus ihnen Geständnissen über homoerotische Umtriebe im KB herauspressen. Die Ausbeute war mager. Es kam nur zu vier Verurteilungen, darunter allerdings auch die Dr. Walter Brands, dem die Verteidigung aus taktischen Gründen zu einem Geständnis geraten hatte. Aber selbst das konnte ihn nicht vor einer fast sechsjährigen „Karriere“ in nationalsozialistischen KZs bewahren. Am 14. Jänner 1940 erschienen dann in Reichenberg Flugblätter gegen Henlein und zwei Tage später unappetitliche Hetzartikel in der SS-Zeitung „Das Schwarze Korps“: Henlein hätte die Jugendverderber des KB gedeckt. Leider hat Henlein in dieser Stunde völlig versagt. Anstatt sich mutig vor seine Gefährten zu stellen, unterzeichnete er sogar ein extrem demütigendes Schriftstück Heydrichs, wonach das Sudetenland homosexuell verseucht gewesen sei! Als Heydrich 1942 starb, soll Henlein zu Friedrich Bürger, seinem Residenten in Berlin, gesagt haben: „Dies ist der schönste Tag meines Lebens“ (Bürger, S. 193).

Die Sudetenfrage wurde erst 1919 durch den Vertrag von St. Germain geschaffen. Die čsl. Regierung hat die dort gegebenen Versprechen nicht eingelöst. Das Autonomie-Konzept Konrad Henleins war an die 1933 in der ČSR vorhandenen Möglichkeiten angepasst. Wenn man so will, war es ein Stück maßvoller Realpolitik. Die čsl. Regierung stellte sich aber taub. Im Mai 1938 trat dann eine neue Lage ein. Mit der Mobilmachung gegen das Deutsche Reich machte sie die Sudetenfrage zu einer Angelegenheit zwischen Prag und Berlin. Die weitere Entwicklung lag nicht mehr in der Hand der Sudetendeutschen.

Literatur: Becher, Dr. Walter, Zeitzeuge, München 1990; Brand, Dr. Walter, Sudetendeutsche Tragödie, Lauf 1947; Brehm, Bruno, Am Rande des Abgrunds, Graz 1950; Bürger, Friedrich, Rezension, Tagebücher eines Abwehroffiziers, in: Sudetendeutscher Erzieherbrief, Dez. 1972, S. 190 ff.; Groscurth, Helmuth, Tagebücher eines Abwehroffiziers, Stuttgart 1970; Kral, Vaclav, Die Deutschen in der Tschechoslowakei 1933-47 (Dokumentensammlung), Prag 1964; Rönnefarth, H., Die Sudetenkrise in der internationalen Politik, Wiesbaden 1961.

Lord RUNCIMANs erstes Gespräch mit Konrad HENLEIN

Am 18.August 1938 führte Konrad Henlein ein langes Gespräch mit Lord Runciman. Als Dolmetscher waren dabei ASHTON-Watkin, ein Foreign Office-Beamter, und Prinz Max von HOHENL0HE. Die Aufzeichnung fertigte Ashton-Watkin an.

Herr HENLEIN unterbreitete seine bekannten Ansichten über die politische und wirtschaftliche Lage seiner Landsleute, die zu seinen in seiner Karlsbader Rede festgelegten Forderungen geführt haben. Er erklärte, dass die Deutschen in der Tschechoslowakei ihre Heime und ihr Leben sowie die Zukunft ihrer Kinder gegen furchtbare tschechische Angriffe, die von der Regierung gefördert und unterstützt werden, verteidigen müssen. Die Regierung, die seine Landsleute schützen sollte, ist ihr Feind. Das einzige Heilmittel liegt daher in der größtmöglichen Trennung zwischen dem tschechischen und dem deutschen Volk. Er erklärte, dass es für ihn nur die Alternative zwischen zwei Politiken gebe

a) eine Vereinbarung auszuhandeln, oder

b) eine Volksabstimmung zu fordern.

Er ziehe bei weitem das erstere vor und werde, solange er könne, Verhandlungen fordern. Er hatte gegenüber seinen Landsleuten immer auf Mäßigung gedrängt und ist der Ansicht, dass er sie in einem beachtenswerten Maße und unter großen Provokationen in der Hand behalten hat. Aber er fürchte, dass ihm die Zeit weglaufe und dass seine Landsleute ihre Illusionen verlieren und ihn stürzen, wenn er keinen Erfolg vorweisen könne. Er fürchte die Rückkehr von 10 000 Männern, die jetzt in Deutsch land zur Arbeit weilten und im Winter die Arbeitslosenzahl vergrößern.

Herr HENLEIN hielt nicht viel von Dr. HODZAS Brief, in dem dieser den Deutschen sieben Posten anbot, „nachdem sie uns 50 000 Posten weggenommen haben". Aber wir brachten ihm schließlich dazu, widerstrebend zuzugeben, dass das Angebot dennoch als erster Schritt einigen Wert habe und

ein Zeichen dafür sei, dass die Regierung bereit ist, zu handeln, um ihren guten Willen gegenüber der Mission Lord RUNCIMAs unter Beweis zu stellen. Er hatte nichts gegen die Veröffentlichung des Briefes von Dr. Hodza, aber er warnte uns davor, auch nur den kleinsten Beifall seiner Landsleute zu erwarten. Er sagte, die Regierung solle eine Geste machen, aber es müsse eine großzügige Geste sein, so z.B. die Veröffentlichung eines Erlasses, wonach die Regierung beabsichtigt
a) deutsche Beamte ausschließlich in deutschen Gebieten zu ernennen, und
b) deutsche Beamte die augenblicklich in tschechischen Gebieten dienen, in Zukunft in deutschen Distrikten dienen zu lassen.
Herr HENLEIN fügte hinzu, dass die Staatspolizei sofort zurückgezogen werden müsse. Man sehe diese Polizei nicht als einen Schutz für seine Landsleute an, ihr Dortsein habe den Sinn, denselben Schaden zuzufügen. Das meiste, was uns Herr HENLEIN bei diesem ersten Zusammentreffen zubilligte, ist das Folgende
a) die Erklärung, dass er bereit ist, Verhandlungen mit der tschechischen Regierung fortzuführen,
b) dass er vorbehaltlos für den Frieden ist, weil der Krieg den sofortigen Angriff auf das sudetendeutsche Land zur Folge haben wurde,
c) dass er trotz der Provokationen entschlossen ist, unter seinen Landsleuten die Ordnung aufrechtzuerhalten, wenn er kann,
d) dass er sich nicht vorbehaltlos auf die Bedingungen in seiner Karlsbader Rede festgelegt hat, um es in anderen Worten zu sagen, diese Bedingungen seien in manchen Punkten absichtlich vage gehalten worden, um einen Spielraum für Kompromisse zu lassen,
e) **dass er nicht den Wunsch hat, die Staatsgrenzen der Tschechoslowakei zu zerstören**, sondern lieber innerhalb dieser Grenzen eine weitgehende Autonomie für seine Landsleute erreichen möchte (DBFP II, p 66)
Aus: A.v.Ribbentrop, Deutsch-Englische Geheimverbindungen:

Hier die oben auf S.3 angekündigte KI-Version:

Konrad Henlein und die innerstaatliche Lösung:
Konrad Henlein war ein sudetendeutscher Politiker und Gründer der Sudetendeutschen Partei (SdP) in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Er wurde 1898 in Maffersdorf (heute Vratislavice nad Nisou, Tschechien) geboren und starb 1945 in Pilsen (Tschechien).
Henlein strebte in den 1930er Jahren eine Trennung der Sudetendeutschen vom tschechoslowakischen Staat an und setzte sich für den Anschluss des Sudetenlandes an das Deutsche Reich ein. Im Jahr 1935 gründete er die Sudetendeutsche Partei, die schnell an Einfluss gewann und bei den Wahlen im gleichen Jahr 44% der Stimmen in den Sudetengebieten erhielt. 1938 verschärfte sich die Krise um die Sudetenfrage, als Hitler begann, Druck auf die Tschechoslowakei auszuüben, um die Sudetengebiete zu annektieren. Henlein und die SdP waren Teil dieser Strategie und unterstützten Hitler bei seinem Vorhaben.
In diesem Kontext tauchte auch der Begriff der "innerstaatlichen Lösung" auf. Henlein und die SdP behaupteten, dass eine Lösung der Sudetenfrage innerhalb des tschechoslowakischen Staates möglich sei, wenn den Sudetendeutschen größere Autonomierechte eingeräumt würden. Dies war jedoch in erster Linie eine Taktik, um Hitler Zeit zu geben, seine Truppen an der Grenze zur Tschechoslowakei zu konzentrieren, bevor er im September 1938 die Sudetenkrise in vollem Umfang ausnutzte und die Annexion des Sudetenlandes durch das Deutsche Reich erzwang.
Infolge des Münchner Abkommens wurde das Sudetenland an Deutschland übergeben, und Henlein wurde zum "Reichsstatthalter" des Sudetenlandes ernannt. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde Henlein von den Alliierten verhaftet und inhaftiert, wo er im Mai 1945 unter ungeklärten Umständen starb.

Der Witikobund trauert um

Gerolf Fritsche, Rektor

* 07.August 1940 in Aussig † 16. April 2023 in Offenbach/Main

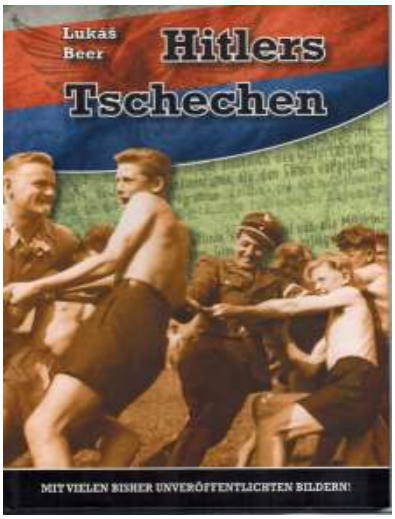
Der Verstorbene hat sich als langjähriger Leiter des Pädagogischen Arbeitskreises Mittel- und Osteuropa (PAMO) große Verdienste erworben. Wir danken ihm für viele Jahre treuer Mitgliedschaft und werden sein Andenken immer in Ehren halten.

Nachruf auf Gerolf Fritsche

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich im April d.J. die Nachricht vom Ableben unseres Kameraden Gerolf Fritsche. Mit seinem Namen ist unauflösbar verbunden der „Pädagogische Arbeitskreis für Mittel- und Osteuropakunde“, kurz PAMO genannt. Als dessen Leiter veranstaltete er dreißig Jahren jährlich zweimal Seminare für Lehrer, oft ergänzte durch Studienfahrten in die entsprechenden Zielländer. Die Ergebnisse dieser Veranstaltungen liegen in insgesamt 65 lesenswerten Dokumentationen vor. Zu seinen schriftlichen Hinterlassenschaften gehören auch zwei kulturkundliche Lesehefte zu den Themen Slowakei bzw. Königsberg. Der Mitarbeit bei der Vereinigung sudetendeutscher Lehrer entsprangen ebenfalls einige Druckwerke, vor allem in Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden dieser Gemeinschaft, Dr. Hans Mirtes. Fritsche war Rektor einer Schule in Seligenstadt, vorher sogar für zwei Jahre Leiter einer Auslandsschule in Saudi-Arabien. Seine Lebensleistung wurde durch die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes gewürdigt. Die Vertreibung und der Soldatentod seines Vaters, den er nie kennengelernt hat, haben ihn tief traumatisiert. Den Namen seines Heimatortes Kleinkaudern benutzte er sogar in seiner e-Post-Anschrift. Nun ist Gerolf Fritsche leider auch unter dieser Adresse nicht mehr erreichbar. Der Witikobund trauert mit seiner Familie um einen langjährigen Kameraden und wird seiner immer mit dankbarer Achtung gedenken. *(F.V.)*

Letzte Meldung:

Nach Redaktionsschluss wurde bekannt, dass man im tschechischen Außenministerium zu Prag unter Einbeziehung einer SL-Delegation, über den Umgang mit „verlassenen“ Gräbern und Friedhöfen diskutierte. Nach dem man sich einig war, diese als wichtige Kultur-Zeugnisse zu betrachten, wurde die Angelegenheit an einen Arbeitskreis überwiesen (Quelle: Sud. Ztg., 6.5.2.



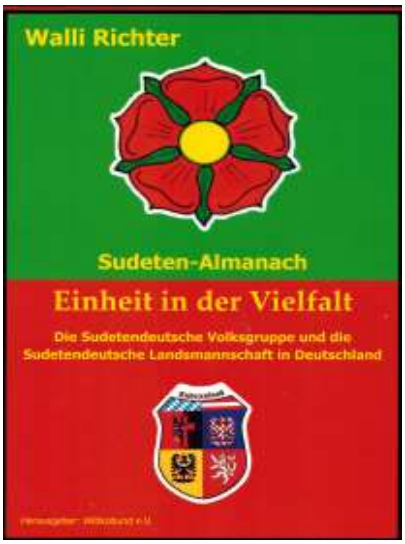
Neu! ! **€ 45,-** (ein absolutes MUSS!)

€ 5,-

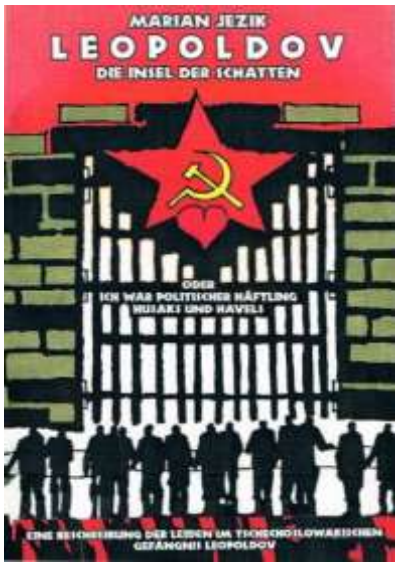
€ 11,-

€ 16,50

€ 9,-

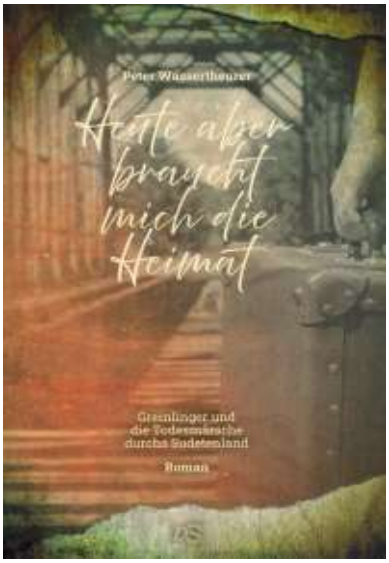


€ 10,-



€ 9,-

€ 30,-



€ 25,-

Bestellungen bitte über witikobund-bundesverband@freenet.de oder über die Anschriften im Impressum!